2. Kommen bei Berechnung der im Grenzverkehre zollfrei zugelassenen Gewichtsmenge von zwei Kilogramm Fleisch auch solche Fleischarten in Betracht, deren Einfuhr verboten ist?

Anmerkung zu Nr. 25 g 1 des Zolltarifes (Redaktion vom 24. Mai 1885, R.G.Bl. S. 111).

IV. Straffenat. Urtr. v. 6. Dezember 1887 g. N. u. Gen. Rep. 2530/87.

I. Amtsgericht Rattowik.

II. Landgericht Beuthen O./Schl.

Aus den Gründen:

Nach den Feststellungen des Vorderrichters haben die beiden Angeklagten eine jede 2 kg Schweinefleisch und außerdem gemeinschaftlich 5,50 kg Rindfleisch über die russische Grenze unverzollt eingeführt. Weil die Einfuhr des letzteren überhaupt verboten war, erachtet der Berufungsrichter auf das Schweinefleisch die Anmerkung zu Nr. 25 g 1 des Zolltarifes vom 15. Juli 1879, nach welcher einzelne Stücke Fleisches in Mengen von nicht mehr als 2 kg für Bewohner des Grenzbezirkes zollfrei eingehen dürfen, für anwendbar. Er verkennt damit die Bedeutung der angezogenen, in der jetzt maßgebenden Redaktion des Zolltarifes vom 24. Mai 1885 beibehaltenen Bestimmung. Dieselbe gewährt einem gewissen Kleinverkehre der Bewohner des Grenzbezirkes Zollfreiheit für Fleisch und bemißt dieselbe, ohne zwischen verschiedenen Arten von Fleisch zu unterscheiden, lediglich nach der Gewichtsmenge des von einer Person mit einem Male eingeführten Fleisches. Sobald die Gewichtsmenge, gleichgültig, ob von einer oder mehreren Arten Fleisch, die Grenze von 2 kg übersteigt, fällt die Zollfreiheit fort, wird jeder Teil der eingeführten Fleischmenge zollpflichtig. Wenn nun auch nach der vom Vorderrichter angezogenen Entscheidung des Reichsgerichtes,

vgl. Entsch. des R.G.'s in Straßf. Bd. 2 S. 370,
durch die Einbringung von Gegenständen, deren Einfuhr verboten ist,

nicht zugleich eine Zollhinterziehung begangen werden kann, so schließt dies im vorliegenden Falle doch nur das Rindfleisch als Gegenstand von Zoll und Strafe aus, ändert aber nichts an der Thatsache, daß die Angeklagten mehr als 2 kg Fleisch eingebracht haben. Lediglich diese Thatsache beseitigt die Zollvergünstigung, begründet die Zollpflicht und Strafe, soweit nicht der vorangeführte Rechtsgrund entgegensteht, also hinsichtlich des Schweinefleisches, dessen Einfuhr nicht verboten war.